

Bund vom 31.01.2011

Ist der Autofahrer tatsächlich eine «Milchkuh»?

Von [Dölf Barben](#). Aktualisiert um 07:20 Uhr

In der Diskussion um die Autosteuer taucht immer wieder die Frage der so genannten Strassenrechnung auf. Berücksichtigt man auch die Gemeindestrassen, weist diese Rechnung eine massive Unterdeckung auf.

In der Diskussion um die Autosteuer taucht immer wieder die Frage der so genannten Strassenrechnung auf. Die Meinungen dazu gehen diametral auseinander: Die Befürworter der Ecotax-Vorlage sagen, der Steuerzahler finanziere «das Hobby der Autofahrer» mit – die Befürworter des Volksvorschlags bezeichnen den Autofahrer dagegen als «Milchkuh». Im Werbematerial für den Volksvorschlag steht das entsprechende Argument: Von den jährlich über 300 Millionen Franken aus der [Motorfahrzeugsteuer](#) würden nur 100 Millionen Franken für Strassenbau und -unterhalt verwendet. «Die restlichen 200 Millionen fliessen unfairerweise in die allgemeine Kantonskasse.»

Komplexe Finanzierungsstruktur

Wie sich die Strassenrechnung tatsächlich präsentiert, lässt sich nicht sagen. Aktuelle Zahlen gibt es nicht. Völlig im luftleeren Raum steht die Frage trotzdem nicht. Im Jahr 2003 wurden im Grossen Rat zwei Vorstösse dazu eingereicht. Der eine forderte die Schaffung eines Gesamtverkehrsfonds, der eine integrierte Verkehrsplanung und -finanzierung ermöglichen sollte. In einem Bericht, der Anfang 2005 veröffentlicht wurde, beurteilte der Regierungsrat Fondslösungen skeptisch (es kamen schliesslich keine zustande). Gleichzeitig aber machte er ein paar grundsätzliche Aussagen, die heute noch eine gewisse Gültigkeit haben dürften. Zunächst wird klargestellt, dass die Strassenrechnung «komplex» ist – was nicht verwundert: An der Finanzierung der Kantons- und Gemeindestrassen sowie des öffentlichen Verkehrs beteiligen sich drei Parteien: Bund, Kanton und Gemeinden. Unbestritten ist aber: Die kantonale Motorfahrzeugsteuer muss nicht ausschliesslich für Strassenzwecke verwendet werden, sie darf auch für Umweltschutzmassnahmen sowie zur Förderung des umweltgerechten Verkehrs eingesetzt werden. Es besteht also eine lockere Zweckbindung.

500 Millionen Franken ungedeckt

Per saldo würden zwar tatsächlich kantonale Einnahmen aus dem Strassenverkehr «für andere Zwecke als für kantonale Strassenausgaben verwendet», heisst es im Bericht. Dies könne jedoch weder rechtlich noch sachlich als Zweckentfremdung bezeichnet werden – und das gleich aus mehreren Gründen:

- Die Kosten für die Verkehrssicherheit (Polizei, Rettungswesen usw.) würden in den Kostenübersichten häufig vernachlässigt, «sind aber zum grossen Teil auch dem Strassenverkehr anzurechnen».
- Die Gemeinden bestritten den grössten Teil ihrer Strassenausgaben aus Steuermitteln (rund 170 bis 250 Millionen Franken pro Jahr), «sodass die Strassenrechnung mit Einbezug der Gemeinden eine massive Unterdeckung aufweist».
- Bei der Allgemeinheit und teilweise auch bei der öffentlichen Hand fielen bedeutende ungedeckte Unfall- und Umweltkosten an – sogenannte externe Kosten, die nicht vom Autofahrer bezahlt werden. Im Kanton Bern liegen diese Kosten – immer gemäss Bericht aus dem Jahr 2005 – «in der Grössenordnung von 500 Millionen Franken pro Jahr». (Der Bund)

Erstellt: 31.01.2011, 07:19 Uhr